

in Anbetracht der Tatsache, dass die Busse aufgrund der Staus überhaupt nicht vorankommen und das U-Bahnnetz noch zu weitmaschig ist.

Ob wirklich eine „koordiniertere Entwicklung“ möglich ist, mag angesichts des rasanten Anstiegs der Zahl der Autos ganz allgemein als sehr schwierig erscheinen. Die Autolobby wird auch in China zunehmend stärker, die Städter möchten auf ihr Auto nicht verzichten – ist es doch auch Statussymbol. Und – wie weltweit vorgelebt – regt der (Aus-)Bau von Straßen zum Kauf von noch mehr Autos an. Limitierungen für den Besitz privater Autos scheinen aber nur dann greifbar und durchsetzbar zu sein, wenn Alternativen geboten werden. Da der Bustransport in Chinas Hauptstadt ebenfalls bereits an seine Kapazitäten gekommen ist, ist der Ausbau des Beijinger U-Bahnnetzes, wie auch der der U-Bahnnetze anderer chinesischer Großstädte (siehe dazu C.a., 2002/5, Ü 22), nun dringend erforderlich. Beijing mit seinen 14-15 Mio. Einwohnern verfügt bislang über nur drei U-Bahnlinien.

Mit dem Bau der Linien 1 und 2 wurde Mitte der 60er Jahre begonnen; Linie 1 (West-Ost, heute 38 km Länge) wurde 1972 in Betrieb genommen, Linie 2 (Ring-U-Bahn, 16 km Länge) im Jahr 1987. Die 40,8 km lange, halbkreisförmig verlaufende „Cityrail“-Linie Nr.13 wurde gerade fertig gestellt, die 27,6 km lange U-Bahnlinie Nr.5, die den Norden Beijings mit dem Süden verbindet, ist im Bau (der von zahlreichen technischen Problemen und Unfällen begleitet wird; z.B. starben am 9.10.03 drei Bauarbeiter, als 26 m unter Tage ein Stahlträger verrutschte). Im September 2003 wurde ferner bekannt gegeben, dass der Startschuss für den Bau der Linien 4 (Nord-Süd, ca. 28,2 km Länge) und 10 (Nordwest-Südost, ca. 24,6 km Länge) gefallen und mit der Fertigstellung im Jahr 2007 zu rechnen sei – rechtzeitig zu Beginn der Olympischen Spiele. Die Beijinger Stadtregierung sucht u.a. für diese beiden Projekte private Investoren. Die Linie 1 soll zudem in Richtung Osten um 17,2 km verlängert werden. (XNA, 12.9., 6.10.03; Xinhua, 9.10.03, nach BBC PF, 10.10.03; CD, 6.10.03, nach *China Fokus website*, 6.10.03; *China Radio International website*, 7.10.03) -cb-

12 Nuklear-Mediziner wegen Iridium-Anschlags auf seinen Geschäftspartner zum Tode verurteilt

Am 2. Oktober wurde in Guangzhou, Provinz Guangdong, der Experte für Nuklearmedizin, Gu Tianming, zum Tode mit zwei Jahren aufschiebender Wirkung verurteilt. Er wurde für schuldig befunden, im Büro seines Geschäftspartners vorsätzlich radioaktives Material in die Zimmerdecke eingebracht zu haben, um Rache für eine nicht näher benannte Streitangelegenheit zu nehmen.

Der 40-jährige Gu führte mit seinem Kollegen Liu seit Juni 1997 zusammen das Laser-Medizin-Zentrum eines örtlichen Krankenhauses. Nach einem Streit mit Liu entschied er im Mai 2002, mit Hilfe seines Mitarbeiters Fang Zhenhua Iridium 192 in die Zimmerdecke des Büros von Liu einzubringen, was bei Letzterem durch eine erhöhte Anzahl weißer Blutkörperchen, Ermüdung, Appetitlosigkeit und Übelkeit massive Beschwerden hervorrief. Gu konnte an das Iridium gelangen, indem er eine Genehmigung für den Erwerb einer industriellen Iridium-Maschine fälschte. Inzwischen hat das radioaktive Iridium, das bei einer Durchsuchung des Büros gefunden wurde, 74 Krankenhausmitarbeiter verstrahlt, bei einer schwangeren Kollegin wurden anomale Chromosomen festgestellt. Fang erhielt eine Haftstrafe von 15 Jahren.

Dieser Racheakt ist einer der bislang seltenen Fälle in China, wo höchst fahrlässig mit hoch radioaktivem Material umgegangen wird. Ob angesichts der Straftat die Verhängung der Todesstrafe gerecht ist, unabhängig von einer grundsätzlichen Befürwortung oder Ablehnung der Todesstrafe, erscheint fast zweitrangig. Viel wichtiger ist zu klären, wie unsachgemäß mit Kompetenzen und Autoritäten umgegangen werden konnte. Gu saß sicherlich in einer Schlüsselposition und nutzte seine Macht aus, um auf scheinbar „legale“ Weise an das Iridium zu kommen. Allerdings scheint in diesem Fall eine – zunächst nachlässig erscheinende – Kontrolle tatsächlich schwierig gewesen zu sein, denn für einen Nuklearmediziner ist der Umgang mit radioaktivem Material Alltag; der Nachweis zur Nutzung

der Maschine scheint plausibel. (XNA, 2.10.03) -cb-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 3. ZK-Plenum fordert Reformen im wissenschaftlichen, kulturellen und Bildungsreich

Das 3. Plenum des XVI. Zentralkomitees der KPCh vom 11. bis 14. Oktober hat in seiner Entschließung zur Verbesserung der sozialistischen Marktwirtschaft auch Aussagen zur Reform von Wissenschaft, Kultur und Bildung getroffen, da die weitere wirtschaftliche Entwicklung nur mit Hilfe eines Systems möglich sei, von dem Talente aller Art gefördert, angezogen und gehalten werden (XNA, 21.10.03). Im Einzelnen wurde auf folgende Aufgaben hingewiesen:

- Die Schaffung eines nationalen Innovationssystems müsse beschleunigt werden, um die optimale Allokation und die umfassende Nutzung wissenschaftlicher und technologischer Ressourcen zu ermöglichen. Bei Innovationen und Wissenschaftsinvestitionen sollten auch Unternehmen eine dominierende Rolle einnehmen.
- Das Bildungssystem müsse eine moderne nationale Struktur erhalten und auch lebenslanges Lernen einschließen. Nur so seien die Bürger in die Lage zu versetzen, eine Beschäftigung aufzunehmen, Innovationen hervorzubringen und Unternehmen zu gründen. Und dann könne der reichliche Vorrat an Humanressourcen sich vorteilhaft auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirken. In diesem Sinne müsse das Bildungswesen unter Mobilisierung aller Mittel, seien sie öffentlich oder privat, entwickelt werden.
- Auf kulturellem Gebiet sollen die gesellschaftlichen Vorteile

für Entscheidungen der Verwaltung maßgeblich sein. Außerdem müsse ein dynamisches Produktions- und Managementsystem für kulturelle Produkte eingerichtet werden; mehr Mittel sollten auf vielfachen Wegen eingeworben und eine gewisse Zahl großer Unternehmensgruppen gefördert werden.

- Außerdem müsse ein Gesundheitssystem errichtet werden, das mit der sozialistischen Marktwirtschaft konform ist. Vor allem aber müssen die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen erweitert werden, um auch in Notfällen angemessen reagieren zu können. Dabei sei besonders das Gesundheitswesen auf dem Lande zu verbessern.

Die geforderten Maßnahmen sind keinesfalls neu, jedoch weist das ZK damit wiederum auf die Schwachstellen hin, die einerseits nicht nur die weitere wirtschaftliche Entwicklung behindern, sondern auch die soziale Lage destabilisieren können (vgl. auch die weitere Übersicht zum 3. Plenum) und andererseits geeignet sind, die Partei selbst ihrer Legitimität zu berauben. Letzteres gilt vor allem für die Kulturpolitik, die angesichts der zunehmenden Attraktivität ausländischer Produkte zwischen Zensur und Lockerung sowie zwischen traditioneller Propaganda, Adaption moderner Kultur und Versuchen verbesserter Kommerzialisierung schwankt. Hier soll das pragmatische Kriterium der „gesellschaftlichen Vorteile“ einen gewissen Spielraum für Entscheidungen schaffen.

Eines der Hauptthemen bei der Schaffung eines innovationsfreundlichen Klimas ist anerkanntermaßen das Bildungssystem, das nach wie vor auf Faktenwissen und Memorieren ausgerichtet ist. Eine Studie des Bildungsministeriums soll laut dem *Economist* (25.1.03) schon vor fünf Jahren herausgefunden haben, dass 80% der Schüler mit dem Unterricht unzufrieden sind. Dropout-Raten und Selbstmordgedanken werden auch darauf zurückgeführt. Schon vor zwei Jahren wurden daher Versuche gestartet, den Unterricht in den Grund- und Mittelschulen durch neue lebendigere Text-

bücher und Lehrertraining interessanter und freier zu gestalten. In den Klassenräumen soll eine „demokratische“ Atmosphäre ermöglicht werden, Texte sollen nicht heilig sein, sondern nur „Lernplattformen“ bilden. Im September 2002 sollen bereits 9,1 Mio. Schüler in die Versuche einbezogen worden sein. Nach Vorstellungen des Bildungsministeriums sollten sie bis 2010 auf das ganze Land ausgeweitet werden, gerade die Unternehmer aber sollen auf einen kürzeren Zeitplan gedrängt haben. Probleme gibt es allerdings u.a. mit den Eltern, die befürchten müssen, dass ihre Kinder später an den Aufnahmeprüfungen zu den Universitäten scheitern werden, die an den alten Prüfungsinhalten festhalten.

Doch auch an den Universitäten wird von einer Reform des Unterrichts gesprochen. Dabei geht es vor allem um die Aufhebung der lebenslangen Beschäftigung für Lehrkräfte. Neue Stellen sollen evtl. auch international ausgeschrieben werden, um „akademische Inzucht“ zu verhindern und Chinas Universitäten auf Weltniveau zu bringen. Gerade in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern sei dieses Problem akut (IHT, 21.10.03; vgl. C.a., 2003/07, Ü 18).

Gleichwohl kann die Regierung im Bildungsbereich, dem sie Priorität beigemessen hat, auch auf Erfolge verweisen, wie dies etwa Bildungsminister Zhou Ji am 1. Oktober auf der Generalkonferenz der UNESCO in Paris getan hat: Die 9-jährige Pflichtschulbildung erfasse inzwischen Gebiete, in denen 92% der Bevölkerung leben; die Analphabetenrate unter jungen Menschen und solchen mittleren Alters sei bis Ende 2002 auf unter 5% gedrückt worden; und die Zahl der eingeschriebenen Studenten habe von 1998 bis 2002 von 7,8 Mio. auf 16 Mio. zugenommen (RMRB engl. online, 2.10.02). Insgesamt beträgt die Analphabetenrate Erwachsener nach UNESCO-Angaben 8,7% gegenüber noch 22,2% im Jahre 1990 (ebd., 23.10.03).

Allerdings bleibt die Entwicklung des Bildungswesens seit langem hinter den Erwartungen zurück. Der Autor eines kritischen Beitrags im *Wall Street Journal* (23.10.03) weist in diesem Zusammenhang auf Vergleichszahlen der UN hin. Danach hat die VRCh von

1998-99 insgesamt 2,2% ihres Bruttoinlandsprodukts für Bildung ausgegeben und ist damit hinter der Türkei (2,9%), Indien (3,2%), Russland (3,5%) und den Philippinen (4,2%) zurückgeblieben. Nach chinesischen Angaben wurden die Bildungsinvestitionen seit 1997 kontinuierlich erhöht und erreichten 2002 3,41% des BIP (die UN hält 6% für erforderlich); auch wurden mit dem 10. Fünfjahresplan spezielle Programme für die Umsetzung der Pflichtschulbildung in armen Gebieten aufgelegt (RMRB engl. online, 23.10.02). Die Bildung im ländlichen Bereich bleibt jedoch das große Sorgenkind der Regierung. Sie wurde auch durch die Einführung eines neuen Steuersystems 1999 beeinträchtigt, mit dem die Finanzierung vollständig auf die Gemeinderegierungen überging. Seitdem ist das ländliche Bildungswesen hinter dem städtischen weiter zurückgeblieben. Ein Beschluss, dem entgegenzuwirken, wurde im September vom Staatsrat gefällt (ausführlich dazu C.a., 2003/09, Ü 13).

Ende Oktober forderte Ministerpräsident Wen Jiabao die Provinzregierungen und die entsprechenden Abteilungen des Staatsrats erneut nachdrücklich auf, mehr Mittel in die ländliche Bildung zu investieren und die Aufsicht zu verstärken; die Gemeinderegierungen müssten größere Verantwortung übernehmen, um Bildungsinvestitionen zu garantieren. Ohne die Anhebung des Bildungsniveaus sei eine Steigerung des Lebensstandards auf dem Lande und eine Verringerung von Einkommensunterschieden nicht möglich. Der Staatsrat habe beschlossen, auch im weniger entwickelten Westen Chinas die Pflichtschulbildung auf über 85% der Kinder im Schulalter auszuweiten und auch dort die Analphabetenrate Jugendlicher auf unter 5% zu drücken (XNA, 29.10.03). Das 17 Jahre alte Pflichtschulgesetz selbst, so wurde bekannt, soll revidiert werden, da einige Formulierungen nicht mehr zeitgemäß sind. Vor allem die Möglichkeiten der Bildungsfinanzierung und die Verantwortung der Regierungen auf allen Ebenen sollen neu gefasst werden (XNA, 29.10.03).

Auch im Gesundheitswesen muss dem ländlichen Raum verstärkte Aufmerksamkeit zukommen. Wenn die SARS-Epidemie, so waren sich alle Experten einig, auf das Land übergegriffen hät-

te, wäre eine Katastrophe unvermeidlich gewesen. Die WHO geht nach wie vor davon aus, dass es zu einem erneuten Ausbruch der Krankheit kommen kann, und fordert entsprechende Vorsorgemaßnahmen. Eine verstärkte Überwachung sollte auch die Gebiete und die Risikogruppen besonders in den Blick nehmen, die wie Guangdong und Beijing beim letzten Mal stärker betroffen waren. Die WHO ist besorgt über das Fehlen einer zentralen Kontrolle über alle Laboratorien, die Exemplare des SARS-Virus haben. Die damit verbundenen Gefahren habe die kürzlich erfolgte Infektion eines Labormitarbeiters in Singapur gezeigt (FT, 26.10.03). Unter dem Eindruck von Warnungen auch einheimischer Gesundheitsexperten hat die Beijinger Stadtregierung mit Beginn der Erkältungszeit ein neues Informationssystem mit Verantwortlichkeiten auf Distriktebene eingerichtet und auch das Gesundheitsministerium hat das System täglicher Berichte am 19. September wieder aufgenommen (RMRB engl. online, 16.10.03). In der Provinz Guangdong wurden 130 Mio. Yuan (15,7 Mio. US\$) für Krankenhäuser zur Verfügung gestellt, die SARS behandeln sollen, davon die meisten in weniger entwickelten Gebieten (XNA, 19.10.03). Ein- und Ausreisende müssen seit Mitte Oktober mit dem Kauf von Tickets wieder Gesundheitserklärungen ausfüllen und Informationen zu ihren Kontakten geben; und am Tianjiner Hafen wurden auch Temperaturmessungen wieder aufgenommen (IHT, 13.10.03). -gs-

14 Regierung umwirbt rückkehrende Studenten

Ihr Werben um die im Ausland studierenden Chinesen hat die Parteiführung durch ihre Teilnahme an einer nationalen Konferenz am 30. September sowie an einem Festakt zum 90-jährigen Bestehen der Western Returned Students' Association (WRSA) am 8. Oktober unterstrichen. Neben Präsident Hu Jintao nahmen der stellvertretende Präsident Zeng Qinghong und zwei weitere Politbüromitglieder sowie weitere hochrangige Partei- und Regierungsmitglieder an der Konferenz teil; Zeng hielt eine „wichtige Rede“. Hu wiederum sprach zur Eröffnung des Festaktes der WRSA, die

bereits im Jahre 1913 von aus Europa und den USA zurückgekehrten Studenten gegründet wurde. Sie sieht ihre Aufgabe sowohl in der Förderung des Auslandsstudiums (500 ihrer Mitglieder befinden sich derzeit im Ausland) als auch in der Ermutigung der Studenten, nach China zurückzukehren und sich am „Aufbau einer Gesellschaft mit bescheidenem Wohlstand“ zu beteiligen.

Diese beiden Aspekte hob auch Hu in seinem Grußwort hervor, in dem er die Rückkehrer als wertvollen und wichtigen Bestandteil des Humankapitals in China bezeichnete, als vitale Kraft, die Chinas gesellschaftliche Entwicklung und Verjüngung beflügeln könne. Die chinesische Regierung müsse daher ihre Studenten dazu ermutigen, im Ausland die fortgeschrittenen Wissenschaften und Technologien zu studieren, und ihnen zugleich mehr Möglichkeiten eröffnen, nach ihrer Rückkehr Karrieren zu beginnen. Der Bedeutung dieser Aufgabe müssten sich Partei und Regierung gleichermaßen bewusst sein. Zeng Qinghong fügte dem nichts Wesentliches hinzu. Er betonte, dass die Erfahrungen gezeigt hätten, dass sowohl das Entsenden zum Auslandsstudium als auch die Unterbringung nach der Rückkehr von strategischer Bedeutung für den ökonomischen Aufbau Chinas seien. Zugleich sollten aber talentierte Personen, die nicht im Ausland studiert hätten, ebenfalls fair behandelt werden (XNA, 2., 8., 10.10.03).

Zeng erwähnte in seiner Rede, dass Studenten zunehmend zurückkehrten. Dazu wurden von Xinhua einige quantitative Angaben geliefert. Von 1978 bis 2002 haben über 580.000 Chinesen an ausländischen Hochschulen studiert, meistens in Industriestaaten. Von diesen wurden nur 63.533 von der Regierung finanziert, die meisten gingen also auf eigene Kosten. Bis Ende 2002 kehrten 160.000 zurück, von denen mit Regierungsstipendium immerhin 77%. Angeblich plane auch nahezu die Hälfte der derzeitigen 200.000 Auslandsstudenten eine Rückkehr nach China. Um ihnen die Entscheidung zu erleichtern, seien inzwischen 76 Industrieparks quer über das Land eingerichtet worden, in denen die Rückkehrer vorteilhafte Bedingungen zur Gründung eigener Unternehmungen hätten. Rückkehrer

würden die Mehrheit unter den Spitzenwissenschaftlern und -ingenieuren ausmachen, und zwar 81% der Mitglieder der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, 54% in der Chinesischen Akademie für Ingenieurwesen und 72% der führenden Wissenschaftler in nationalen Forschungsprojekten; außerdem würden sie die Hauptrolle in Entwicklungsprogrammen wie dem zur bemannten Raumfahrt spielen (XNA, 13.10.03).

Darauf dass ein Auslandsstudium nicht immer reibungslos verläuft und Studenten auch betrogen werden können, machte das Bildungsministerium Studenten aufmerksam. Sie sollten sich ihre Hochschulen sehr sorgfältig nach eigenen Recherchen auswählen und nicht der Hochschulwerbung vertrauen. Das Ministerium hat dafür zwei Webseiten mit Angaben zu Hochschulen in 21 Ländern (www.jsj.edu.cn, www.cscse.edu.cn) sowie Telefonhotlines eingerichtet (XNA, 22.10.03). -gs-

15 Chinesisch-deutsches Forschungsinstitut gegründet

Am 13. Oktober wurde in Beijing ein Chinesisch-deutsches Forschungsinstitut für die Entwicklung von Software und Technologien zur mobilen Kommunikation eröffnet, das von den Regierungen beider Seiten je zur Hälfte finanziert wird. Es ist das erste chinesische Forschungsinstitut, das gemeinsam mit einer ausländischen Regierung betrieben wird. Angebunden ist es an der Beijinger Universität für Aeronautik und Astronautik (Beihan Daxue). Die Schwerpunkte der Forschung sollen sich aus dem chinesischen nationalen Forschungsprogramm für Hochtechnologien (Programm 863) sowie Forschungsprogrammen in Deutschland und der EU (z.B. dem 6. Forschungsrahmen) ergeben. Außerdem werden von den insgesamt 30 chinesischen und deutschen Forschern Kurse für Postgraduierte und Ph.D.-Studenten der Universität angeboten.

Die Gründung geht auf ein Abkommen zurück, das 2002 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung mit dem chinesischen Ministerium für Wissenschaft und Technologie (MOST) unterzeichnet wur-

de und auch die Gründung eines weiteren gemeinsamen Instituts in Berlin vorsieht. Dieses wird beim Fraunhofer Institut für Telekommunikation, Heinrich-Hertz-Institut in Berlin angesiedelt sein (www.hhi.fraunhofer.de/dci/index.html). (XNA, 13., 15.10.03) -gs-

16 Regeln zur Genforschung

Am 1. Oktober traten neue Regelungen zur Genforschung in Kraft, die laut *Wall Street Journal* (13.10.03) bisher nur auf der Webseite des Gesundheitsministeriums veröffentlicht wurden. Sie beenden eine lange Zeit halbherziger Regulierung im Bereich menschlicher Reproduktionstechniken, indem sie das menschliche Klonen klar verbieten und die Kontrollen für das Experimentieren mit menschlichen Eizellen und Spermien erhöhen. Auch der gewerbliche Handel mit menschlichen Eizellen und Spermien wird verboten. Außerdem, und das ist nach Ansicht eines zitierten Shanghaiers Wissenschaftlers am gravierendsten, wird die Regierung bzw. werden die Krankenhäuser entsprechende Forschung nicht länger finanzieren.

Mit diesen Regeln könnte der ausländischen Kritik an den Freiheiten genetischer Forschung in China, u.a. mit menschlichen Stammzellen, der Boden entzogen werden, auf die in Beijing lange nicht reagiert wurde. In Guangzhou z.B. will ein Wissenschaftler mittels der Kombination menschlicher DNA mit Kanincheneiern über 100 hybride Embryos geschaffen haben. Und auch in Hunan nutzt ein Team von Wissenschaftlern Techniken, die dem Klonen von Menschen dienen können. Jetzt hat die Regierung offenbar umgesteuert; die neuen Regelungen sind strikter als entsprechende in den USA oder Großbritannien. Damit reagiert sie auch darauf, dass China zunehmend ausländische Forscher anzog, die bereits mit der Verlagerung von Forschungskapazitäten begonnen haben.

Wenn auch noch einige Regelungen für Interpretationen offen bleiben, so sind sich chinesische Wissenschaftler doch darin einig, dass die Botschaft eindeutig ist: China soll kein legales Schlupfloch für menschliches Klonen sein. Eine große Frage aber bleibt dennoch of-

fen: Inwieweit wird die Regierung die Regeln effektiv durchsetzen? Bisherige Versuche der Regulierung der Humanogenetik, wie z.B. ein vor zwei Jahren erlassenes Verbot des Handels mit Eizellen, blieben weitgehend ineffektiv. Eine Vielzahl von Fruchtbarkeitskliniken und auch staatlichen Krankenhäusern haben weiter ohne staatliche Lizenz Spermien und Eizellen gesammelt, gelagert und verkauft. -gs-

17 3. ZK-Plenum fordert mehr Aufmerksamkeit für wachsende soziale Ungleichheit

In der Entschließung des 3. ZK-Plenums wurde auch mehr Aufmerksamkeit für die wachsende soziale Ungleichheit in China und vor allem die Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten, Veränderungen im System der Einkommensverteilung sowie die Verbesserung des Systems sozialer Sicherung gefordert. Damit wurde erneut die neue Akzentsetzung unterstrichen, die mit dem Antritt der neuen Partei- und Staatsführung vorgenommen worden war. Die Regierung will sich verstärkt um die benachteiligten Gruppen kümmern und hat die Sozialpolitik zu einem Schwerpunkt ihres Handelns erklärt (XNA, 21.10.03).

Tatsächlich ist auch in den chinesischen Medien seit Beginn dieses Jahres eine stärkere und offenere Diskussion der sozialen Frage zu verzeichnen. Eine Flut von Artikeln in Tageszeitungen und wissenschaftlichen Journalen befasste sich mit Fragen der Einkommensverteilung, der Armutsbekämpfung, der Landflucht, der Wanderarbeiter und der Arbeitslosigkeit. Auch der scheidende Ministerpräsident Zhu Rongji hatte auf dem Nationalen Volkskongress im März diese Probleme deutlich angesprochen. So wird z.B. das Einkommensgefälle zwischen Stadt und Land immer größer. Hatten sich die Unterschiede nach Beginn der Reformen zunächst verringert, steigen sie seit Mitte der 80er Jahre unaufhörlich. Städter verdienen nach offiziellen Angaben durchschnittlich dreimal so viel wie Landbewohner; Schätzungen chinesischer Wissenschaftler geben sogar eine Rate von 6:1 an (*Economist*, 27.9.03). Aber sowohl auf dem Lande als auch in den Städten klafft eine im-

mer größere Lücke zwischen Arm und Reich. Auf dem Lande leben mindestens 30 Mio. Menschen in Armut, 60 Mio. weitere nur knapp über der ohnehin niedrigen Armutsgrenze. In den Städten erhalten insgesamt 21.825 Bewohner eine Grundsicherung in Höhe des Existenzminimums, darunter zahlreiche aus Staatsbetrieben Freigesetzte, weshalb die meisten Empfänger auch in den weniger entwickelten Nordost-, Zentral- und Westgebieten zu finden sind (XNA, 8., 11.10.03).

Zugleich akzentuiert sich auch Reichtum immer deutlicher. Laut offiziellen Erhebungen (NZZ, 22.4.03) soll es 3 Mio. Chinesen mit einem Vermögen von mindestens einer Million Yuan geben. Als reichster Mann Chinas wurde von *Asiamoney* Ding Lei (oder William Ding) vorgestellt, der ein Vermögen von 990 Mio. US\$ haben soll. Der 30-Jährige besitzt das bekannteste chinesische Internetportal NetEase.com und hat sein Geld vor allem im Mobilfunkbereich mit SMS-Diensten und mit Online-Spielen verdient. Die Gewinnmöglichkeiten in diesem stark expandierenden Bereich werden auch dadurch verdeutlicht, dass mit Chen Tianqiao ein Spieleentwickler (Shanda Networking) und mit Zhang Chaoyang ein weiterer Portalanbieter (Sohu.com) zu den 10 bzw. 20 reichsten Chinesen zählen (XNA, 29.10.03).

Auf durchaus den Reichtum fördernde Aspekte wies der Luxemburger Rupert Hoogewerf hin, der die Liste der Reichsten erstellt: Jeder dritte der aufgelisteten Millionäre Chinas ist Abgeordneter des Nationalen Volkskongresses und fast jeder vierte ist auch Mitglied der Kommunistischen Partei (FAZ, 18.10.03). -gs-

18 Proteste gegen Umsiedlungen nehmen zu

Die Entlassung des Ministers für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen, Tian Fengshan, im Oktober (s. auch die Übersicht „Korruptionsfälle: Entlassung des Ministers für Bodenverwaltung und natürliche Ressourcen“ in diesem Heft) fällt in eine Zeit wachsender Proteste gegen Bau- und Umsiedlungsmaßnahmen in Chinas Städten. Die Baumaßnahmen haben (mit einer Steigerung der In-

vestitionen für Januar bis August 2003 um 33% gegenüber dem Vorjahr) ein Ausmaß erreicht, das angeblich auch chinesische Beamte zum Nachdenken bringt.

In Shanghai z.B. stehen heute mindestens 2.880 Gebäude mit 18 und mehr Stockwerken, die meisten davon wurden seit 1990 errichtet. Neue und vor allem hohe Gebäude gelten den Politikern als Zeichen für eine aufstrebende Weltstadt. Die Bevölkerungsdichte ist dabei z.T. größer geworden als in Tokyo oder New York. Aufgrund der Dichte der Häuser sind sogar „Hitze-Inseln“ mit durchschnittlich höheren Temperaturen als anderswo entstanden, wie örtliche Forschungsinstitute herausfanden. Die Bewohner klagen zunehmend über eine durch Verkehr und Verschmutzung abnehmende Lebensqualität.

Dabei sehen die Entwicklungspläne noch weit größere Veränderungen vor. Shanghai will sich für die Weltausstellung 2010 und Beijing für die Olympischen Spiele 2008 fit machen. Dafür sollen in Shanghai allein bis 2007 noch 400.000 Menschen umgesiedelt werden. Diese Umsiedlungen sind es, die die Menschen zu Protesten bewegen, wenn nicht gar zu Verzweiflungstaten wie die drei Selbstverbrennungen im August und September in Nanjing und Beijing. Im Jahr 2001 soll es laut *China Economic Times* wegen Umsiedlungen 8.516 Petitionen an die Zentralregierung gegeben haben, 2002 bereits 13.513 und in den ersten acht Monaten 2003 11.641. Auch Wohnungs- und Hausbesitzer wehren sich verstärkt und haben das Problem der unzureichend geschützten Eigentumsrechte zu einem Thema der Politik werden lassen, das nicht mehr viel länger ignoriert werden dürfte. Das Bauministerium hat sogar eine Hotline für Beschwerden im Wohnungsbereich eingerichtet.

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung ist immer dann besonders groß, wenn Vorteilsnahme und Korruption im Spiel ist. Dies war z.B. bei dem Shanghai-Geschäftsmann Zhou Zhengyi der Fall, der in illegale Landtransaktionen verwickelt gewesen sein soll. Und auch Tian Fengshan dürfte über illegale Geschäfte mit Landnutzungsrechten gefallen sein, wobei noch unklar ist, ob er sie als Minister oder

vorher in seiner Zeit als Gouverneur der Provinz Heilongjiang vollzogen hat. (HB, 1.8.03, S.10; IHT, 14.10.03; *Economist*, 11.10.03, S.63; WSJ, 22.10.03; FEER, 23.10.03, S.34-37; XNA, 28.10.03) -gs-

19 Großer Zuspruch für Fernstudium

In den letzten Jahren haben Fernstudien in China eine rasante Entwicklung erfahren. Die beiden Hauptmethoden des Fernstudiums sind die Fernseh- und Rundfunkuniversitäten sowie das Internet-Studium. Vor allem Letzteres wird in zunehmendem Maße genutzt, da es den Studierenden die Möglichkeit gibt, unabhängig von Ort und Zeit zu studieren. Insofern ist das Studium per Computer gegenüber dem Studium an den Fernseh- und Rundfunkuniversitäten im Vorteil. (Zum Online-Studium vgl. C.a., 1999/6, Ü 14 und 2001/9, Ü 13.)

Das Projekt für das Online-Studium wurde 1994 in Angriff genommen, als die Qinghua-Universität (Beijing) beauftragt wurde, ein entsprechendes Programm zu entwerfen. 1999 konnte mit Genehmigung des Bildungsministeriums an vier Universitäten, darunter der Qinghua-Universität, der Universität Beijing und der Universität Hunan, damit begonnen werden, versuchsweise ein modernes Internet-Fernstudium einzurichten. Ende 2000 boten schon gut 30 Universitäten derartige Fernstudien an, Ende 2002 waren es bereits 67 Institutionen. Hinzu kamen rund 2.000 Studienzentren außerhalb der Hochschulen. Innerhalb von zwei/drei Jahren haben sich 1,3 Mio. Studierende zu einem Internet-Fernstudium angemeldet. Beim Aufbau des modernen Fernstudiums haben drei Seiten mitgewirkt: das Bildungsministerium, die Hochschulen (sie müssen vom Bildungsministerium zur Einrichtung von Fernstudien autorisiert sein) und privates Kapital. Die Kurse und Prüfungen werden bislang im Allgemeinen von den Hochschulen in eigener Regie durchgeführt; die Studierenden erhalten nach erfolgreicher Prüfung ein staatlich anerkanntes Diplom einer regulären Universität. Ende August nahmen über 80.000 Personen an den diesjährigen Abschlussprüfungen in 104 Studien-

gängen teil. Die Prüfungen wurden an 192 Plätzen abgehalten.

Trotz der guten Aussichten, die dem Internet-Studium bescheinigt werden, wird auch von großen Problemen gesprochen. Diese rühren daher, dass man bisher zu wenig Erfahrungen mit diesem neuartigen Studium sammeln konnte und sich dieser Sektor zu schnell entwickelt hat. Die Probleme liegen in knappem Hochschulpersonal und unvollkommener Vorbereitung der Kurse bei ständig zunehmenden Studentenzahlen und immer größerer regionaler Ausdehnung. Das Hauptproblem aber wird in den Prüfungen gesehen, bei denen Betrug, fingierte Prüfungen und Prüfungsbokkots von Seiten der Studenten an der Tagesordnung sind. Offensichtlich schrauben auch manche Anbieter die Anforderungen herunter, nur um mehr Studierende aufnehmen zu können und entsprechend mehr Einnahmen zu haben. Unter diesen ungunstigen Tendenzen leidet die Qualität des Internet-Studiums. Mit ihr aber steht und fällt das gesamte Projekt.

Die Regierung steht dem Projekt der modernen Hochschulfernabildung überaus positiv gegenüber, denn dieses kommt ihrer Politik der Ausweitung der tertiären Bildung entgegen. Überdies kostet ein Hochschulstudium im Internet sehr viel weniger als ein reguläres Universitätsstudium. Umso mehr macht sich das Bildungsministerium über die sinkende Qualität Sorgen und hat jetzt Maßnahmen zur Sicherstellung der Qualität ergriffen. So wurde mit Genehmigung des Bildungsministeriums das Aopeng-Fernbildungszentrum gegründet, ein nichtstaatliches Dienstleistungssystem für Fernbildung, das den Fernsehuniversitäten und den Anbietern von Online-Studien gemeinsam zur Verfügung steht. Aufgaben dieses Zentrums sind die Verwaltung der Fernbildung und die Wahrnehmung von Dienstleistungsfunktionen auf diesem Gebiet, damit die Hochschulen, die Fernstudienprogramme anbieten, von diesen Aufgaben entbunden sind und sich ganz auf die Vorbereitung der Kurse und den richtigen Einsatz der Ressourcen konzentrieren können.

Eine weitere wichtige Maßnahme, die ebenfalls unter Führung des Bildungsministeriums zustande kam, ist die

Trennung von Lehre und Prüfung. Dies bedeutet, dass nicht mehr die Hochschulen selbst die Prüfungen organisieren, sondern für deren Organisation das Aopeng-Zentrum zuständig ist. Dieses nimmt die Verteilung der Prüfungskandidaten auf die Prüfungsorte vor und führt die Aufsicht über die Prüfungen. Vorreiter der Trennung von Lehre und Prüfung war bei den diesjährigen Prüfungen das Netzstudien-Institut der Universität Hunan (*Hunan Daxue Wangluo Xueyuan*); die übrigen Hochschulen, die Fernstudien anbieten, werden wahrscheinlich demnächst folgen.

Derzeit konzentriert sich die Reform des Fernstudiums auf drei Aspekte: die Stärkung der Dienstleistungen, die Standardisierung der Verwaltung und die Trennung von Lehre und Prüfung. Das Fernstudium soll stärker als Dienstleistung gegenüber den Studierenden gelten, d.h. abgesehen von besserer Betreuung und Hilfestellung soll der Zugang zum Fernstudium offener werden, damit möglichst viele Menschen die Chance haben, sich im tertiären Bildungssektor zu qualifizieren. Streng sollen allerdings die Prüfungen gehandhabt werden, um das Niveau zu halten. Die Ausweitung soll keinesfalls auf Kosten der Qualität erfolgen. Das Fernstudium kann nur dann eine anerkannte Alternative zum regulären Hochschulstudium sein, wenn die Qualität gewährleistet ist, heißt es. Dafür wird es als unerlässlich angesehen, das Fernstudium zu standardisieren, eine Aufgabe, mit der man gerade erst begonnen hat.

Nach Einschätzung der offiziellen chinesischen Seite birgt der Fernbildungssektor in China riesige Marktchancen, aber auch Schwierigkeiten und große Herausforderungen. In technologischer Hinsicht sieht man sich mit dem Ausland auf gleicher Stufe, aber hinsichtlich der Servicefunktionen noch lange nicht. Schon jetzt zählt Chinas Fernbildungssystem zu den größten der Welt, und dieser Bildungssektor wird in Zukunft noch stärker wachsen, insbesondere in Mittel- und Westchina, wo die Möglichkeiten, ein Hochschulstudium zu absolvieren, noch sehr begrenzt sind. (Vgl. dazu GMRB, 9.10.03, B1.) -Brunhild Staiger-

Außenwirtschaft

20 Zentralbank lehnt Aufwertung und volle Konvertibilität ab

Mitte Oktober d.J. machte der Zentralbankpräsident in einem Interview mit der Nachrichtenagentur Xinhua deutlich, dass China dem Druck der US-Regierung auf Aufwertung und volle Konvertibilität derzeit nicht nachgeben wird. Allerdings räumte Hu Jintao in einem Gespräch mit dem US-Präsidenten Bush am Rande der APEC-Tagung ein, dass eine gemischte Expertengruppe zu diesem Thema gegründet werden könne. Damit hat China eine gewisse Flexibilität gezeigt, ohne jedoch Zugeständnisse in der Währungspolitik gemacht zu haben. (NZZ, 21.10.03)

Der Zentralbankpräsident Zhou Xiaochuan wies hinsichtlich der Forderung nach einer Aufwertung darauf hin, dass viele asiatische Nachbarländer sowie Ökonomen davon ausgehen, dass dies nicht der richtige Zeitpunkt für eine solche Entscheidung ist. So seien die Folge der Asienkrise noch keineswegs vollkommen in den Ländern überwunden.

Mit Bezug auf den chinesischen Überschuss im Handel mit den USA äußerte Zhou starke Zweifel, ob durch eine Aufwertung das US-Defizit wesentlich verringert werden könnte. Weiterhin wies Zhou auf die verschiedenen Politikmaßnahmen hin, um die Zahlungsbilanz zu beeinflussen, u.a. Lockerung von Investitionsbeschränkungen für chinesische Unternehmen im Ausland, Zulassung ausländischer Finanzinstitute zur Emission von RMB-Anlagen auf dem Inlandsmarkt, Erleichterungen beim Zugang zu Devisen für private Reisen und Studium im Ausland etc.

Zhou machte auch Ausführungen zur mittelfristigen Liberalisierung des RMB. Da noch viele Reformen unvollendet sind, ist Zhou zufolge die Festlegung von Prioritäten, die Abfolge von Maßnahmen und die Komplementarität mit anderen Reformen von entscheidender Bedeutung. Als Voraus-

setzungen gelten die grundsätzliche Liberalisierung des Handels, insbesondere des Dienstleistungshandels, die Aufhebung der (meisten) Restriktionen beim Kapitalverkehr sowie wesentliche Fortschritte bei der Reform der staatseigenen Banken. Da bis zum Jahre 2006 ausländische Banken unbeschränkt in RMB-Geschäften aktiv sein dürfen und damit der Marktzugang für die Auslandsbanken erleichtert ist, wird sich der Wettbewerb für die staatseigenen Banken verstärken. Die Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit sowie die Einführung von Mechanismen zur Risikovermeidung werden Zhou zufolge im Vordergrund bei der kommenden Reform der Banken stehen. (BBC EF, 19.10.03) -schü-

21 Grünes Licht für Kfz-Finanzierungen ausländischer Automobilkonzerne

Am 3.10.03 veröffentlichte die China Banking Regulatory Commission (CBRC), Chinas Bankaufsichtsbehörde, die Bestimmungen über die Autofinanzierung (Administrative Rules Governing the Auto Financing Company, Order of the China Banking Regulatory Commission, 2003, No.4, www.fdi.gov.cn/resupload/epdf/e03244.pdf).

Die Bestimmungen sind die letzte Barriere für den Aufbau von Kfz-Finanzierungsunternehmen durch ausländische Automobilkonzerne. Die Zulassung dieser Unternehmen war im Rahmen des WTO-Beitrittsprotokolls zugesagt worden, doch hat die Vorlage dieser Bestimmungen relativ lange gedauert.

Die Bestimmungen umfassen sechs Kapitel mit 42 Artikeln, die die Funktionen, die Gründungsbedingungen und Schließung von Kfz-Finanzierungsunternehmen sowie Sanktionen bei Nichtbeachtung der Vorschriften behandeln. Die Veröffentlichung von Ausführungsbestimmungen durch die CBRC steht noch aus. (XNA, 5.10.03)

Die Vorschriften legen u.a. fest, dass die Kfz-Finanzierungsunternehmen eine Genehmigung von der CBRC benötigen. Das Unternehmen, das eine Lizenz für die Autofinanzierung beantragt, kann sowohl in China als auch im Ausland registriert sein. Voraussetzung für die Genehmigung ist (Kapitel